

# Wochenspiegel

## Darüber diskutiert Frankreich

12. April – 17. April 2025

**Frankreich hat seinen Botschafter in Algerien zurückgerufen und weist 12 algerische Diplomaten aus Frankreich aus.** Nachdem sich die monatelangen Spannungen zwischen den beiden Ländern, unter anderem wegen der Verurteilung des französisch-algerischen Schriftstellers Boualem Sansal zu fünf Jahren Haft in Algerien, in der vergangenen Woche zu entspannen schienen, haben sich die Beziehungen wieder verschlechtert. Sieben Tage nach dem Besuch des französischen Außenministers Jean-Noël Barrot in Algier reagierte Frankreich mit diesen Maßnahmen auf die Vorangegangenen von Algerien. Algier hatte zuvor zwölf Mitarbeiter der französischen Botschaft „aufgefordert“, „das algerische Territorium innerhalb von 48 Stunden zu verlassen“, wie Barrot in der Nacht von Sonntag auf Montag (13. – 14. April) mitteilte. Hintergrund ist die Anklage gegen drei algerische Staatsbürger in Frankreich im Fall der Entführung eines Influencers. Am Freitag, dem 11. April, wurden drei Männer, von denen einer in einem algerischen Konsulat in Frankreich beschäftigt war, in Paris der Festnahme, der Entführung, der Freiheitsberaubung oder der willkürlichen Inhaftierung mit anschließender Freilassung vor dem siebten Tag im Zusammenhang mit einem terroristischen Unternehmen angeklagt, wie die französische Anti-Terror-Staatsanwaltschaft (Pnat) mitteilte.

**Justizminister Gérald Darmanin hat am Montag, dem 14. April, den Bau von 3.000 Haftplätzen in modalen Strukturen - sogenannten Fertighäusern - bestätigt, die für Gefangene mit Freigang oder kurzen Freiheitsstrafen bestimmt sind.** „Ich habe mich dafür entschieden, zwei Ausschreibungen zu veröffentlichen, eine für Ende Mai und eine für Anfang Juni, um in wenigen Monaten 3.000 zusätzliche Gefängnisplätze zu bauen“, sagte Darmanin. Die erste Ausschreibung wird sich auf Gefängnisse für Freigänger beziehen, in denen die Insassen die Nacht verbringen und tagsüber zur Arbeit, zur Ausbildung oder zum Unterricht nach draußen gehen. Die zweite soll dazu dienen, vorgefertigte Gefängnisse für Häftlinge mit Kurzstrafen bauen, so der Minister. Zuvor war Darmanin unter anderem nach Großbritannien und Deutschland gereist, um dort entsprechende Gefängnisse zu besuchen. Hintergrund ist, dass die französischen Gefängnisse überfüllt sind. Am 1. März waren 82.152 Personen in französischen Gefängnissen inhaftiert, bei einer Gesamtzahl von 62.539 betriebsbereiten Plätzen. Mehr als 4.850 Häftlinge schliefen auf einer Matratze auf dem Boden. Zur selben Zeit sind die französischen Strafvollzugsanstalten seit Sonntag Opfer von einer Reihe von gewalttätigen Angriffen, unter anderem mit Kalaschnikows wie in Toulouse. Laut Behörden gibt es noch keine klaren Hinweise auf die möglichen Täter.

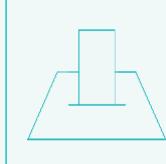
**Frankreich steht vor neuen haushaltspolitischen Herausforderungen.** Nachdem Wirtschafts- und Finanzminister Eric Lombard am Sonntag, dem 13. April, Einsparungen in Höhe von € 40 Milliarden angekündigt hatte, um das Defizit von 5,4 % des BIP im Jahr 2025 auf 4,6 % des BIP im Jahr 2026 zu senken, äußerte sich Premierminister François Bayrou am Dienstag, dem 15. April, zur wirtschaftlichen Lage des Landes. Bei einer öffentlichen Pressekonferenz stellte Bayrou fest: „Wir haben nicht genug Ressourcen, weil unser Land nicht genug produziert (...); wir geben im Verhältnis zu unseren Einnahmen zu viel aus“. Konkrete Maßnahmen, um dieses Problem zu lösen oder wo genau gespart werden soll, nannte Bayrou nicht. Er nannte jedoch die Haushaltsprioritäten: „unsere Unabhängigkeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung“ mit „einer zusätzlichen Anstrengung von etwa 3 Milliarden Euro“ im Jahr 2026 angesichts des Rückzugs der USA von der ukrainischen Front, „die Ablehnung der Überschuldung“, „die Neugründung des öffentlichen Handelns“ und „die wirtschaftliche Vitalität unseres Landes“. Was den Haushalt 2026 betrifft, so hat Bayrou einen Termin vor dem 14. Juli in Aussicht gestellt, um „die großen Leitlinien“ und „die großen Entscheidungen“ für den Haushalt 2026 bekannt zu geben.

**Innenminister Bruno Retailleau hat vergangene Woche die Bilanz der ersten sechs Monate seiner Amtszeit im Innenministerium in einer Pressekonferenz vorgestellt.** Insbesondere die Migrationszahlen standen im Fokus. So seien 9 % weniger Langzeitvisa und 7 % weniger Erstvisa ausgestellt worden (Oktober 2024 bis Februar 2025 im Vergleich zum selben Zeitraum 2023 und 2024). Retailleau sieht hier insbesondere eine Auswirkung seines Rundschreibens an die Präfekten vom 23. Januar 2025, in dem er eine Verschärfung der Regeln für die Ausstellung entsprechender Visa deutlich machte. Der Kampf gegen den Drogenhandel, den Bruno Retailleau zu seinem Markenzeichen gemacht hat, spiegelt sich in folgenden Zahlen wider: Die Straftaten wegen Drogenkonsums sind um 1 % gestiegen, die wegen Drogenhandels um etwa 2 %. Retailleau zieht es vor, in seiner Bilanz zu erwähnen, dass er

die Zahl der Bußgeldbescheide wegen Drogendelikten um 4 % erhöht hat (durchschnittlich 530 Bußgeldbescheide pro Tag gegenüber 463 unter Darmanin). Es ist üblich, dass das Innenministerium nach einem Jahr Bilanz zieht. Es ist daher davon auszugehen, dass der Grund, dies bereits nach sechs Monaten zu tun, politischer Natur ist. Haupsächlich geht es um den Vorsitz der Partei *Les Républicains*, der in einer Wahl zwischen ihm und Wauquiez Mitte Mai entschieden wird.

**In Frankreich bemühen sich die Bäckereien darum, am Feiertag des 1. Mai öffnen zu dürfen.** In Frankreich dürfen Arbeitnehmer am 1. Mai nicht arbeiten, es sei denn, die Tätigkeit wird als wesentlich angesehen. Dies ist unter anderem in Krankenhäusern, im Transportwesen oder bei Sicherheitsdiensten der Fall. Laut Gesetz dürfen Bäcker ihre Angestellten also offiziell nicht arbeiten lassen. Zwar gibt es eine ministerielle Toleranz aus dem Jahr 1986, die es Bäckereien erlaubte, ihre Beschäftigten am 1. Mai arbeiten zu lassen, doch das Arbeitsministerium betrachtet die ministerielle Position aus dem Jahr 1986 inzwischen als überholt. Im Jahr 2024 wurden sogar Bäckereien dafür bestraft, dass sie am 1. Mai Mitarbeiter beschäftigten. Dominique Anract, Präsident des französischen Bäcker- und Konditorenverbandes, spricht von einer wohlmöglichen „Win-Win-Situation für alle“, wenn die Bäckereien am 1. Mai öffnen würden. Der Arbeitnehmer erhalte mindestens den doppelten Lohn (gesetzlich geregelt), der Kunde habe Brot und der Umsatz der Bäckereien könnte in ganz Frankreich bei € 70 Millionen mit € 10 Millionen an Steuereinnahmen liegen, so die Argumentation. Die Verhandlungen dazu mit dem Arbeitsministerium haben am Montag, dem 14. April begonnen.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Rachida Dati ist wieder Mitglied der *Républicains*. Als Dati im Januar 2024 unter Gabriel Attal zur Kulturministerin ernannt wurde, kündigte der damalige Parteivorsitzende, Éric Ciotti, ihren Ausschluss aus der Partei an, da sie sich „außerhalb (ihrer) politischen Familie“ gestellt habe. Nun wird Dati damit bei der Wahl des neuen Parteivorsitzenden, nachdem Ciotti im September 2024 die Partei verlassen hat, ihre Stimme abgeben, auch wenn sie ihre Wahl nicht öffentlich machen wird. Es besteht jedoch wenig Zweifel daran, dass sie für den derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Laurent Wauquiez stimmen wird. Dati, die bei den Pariser Kommunalwahlen 2026 als Kandidatin der Bürgerlich-Konservativen antreten will, fordert eine Reform des Wahlrechts für die Kommunalwahlen in Paris, Lyon und Marseille. Laurent Wauquiez, der sich immer gut mit Rachida Dati verstanden hat, hat sich zu diesem Thema nicht abschließend geäußert. Sein Gegenkandidat für den Vorsitz der Partei, Bruno Retailleau, und die Mehrheit der LR-Senatoren sind bisher gegen eine Wahlrechtsreform.

## DIE ZAHL DER WOCHE

0,7 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	
9	8	2	0
			16

Die französische Regierung hat seine Wachstumsprognose für 2025 auf 0,7 % angepasst. Grund dafür sind die Unsicherheiten im Rahmen der US-amerikanischen Zollpolitik. Damit folgt die Regierung den Einschätzungen der französischen Zentralbank *Banque de France*. Diese hatte bereits im März Ihre Wachstumsprognose auf 0,7 % abgesenkt. Die Regierung selbst hatte bei der Vorstellung des Haushalts im Februar noch ein Wirtschaftswachstum von 0,9 % prognostiziert. Ob diese Prognose in Zukunft noch weiter nach unten korrigiert werden könnte, ließ Wirtschafts- und Finanzminister Lombard offen. Er betonte, dass dies „von den Verhandlungen mit Amerika und den Entscheidungen über die Zölle abhängen wird“. „Wenn es uns gelingt, die Zölle zu senken, können wir sogar mehr bekommen, und wenn nicht, werden wir sehen“, fügte er hinzu.